Offensiv

ZEITUNG DER MARXISTISCHEN ORGANISATION „OFFENSIV“

Preis: 2 Euro

Nr. 19 · Aug./Sept. · 2022

Inflation, „Energienotstand“, Stellenabbau... Aber mit dem Privatjet auf Sylt!

ES WIRD ZEIT, DASS WIR UNS WEHREN!

„Strategisches Konzept“: NATO rüstet für den Krieg.

▸ Seiten 6-8

Hafenstreik: Weiterkämpfen und Siegen!

▸ Seiten 4 & 12

Wohin geht DIE LINKE?

▸ Seite 10

Editorial

Deutscher Kapitalismus im Abwärtsstrudel. Wir müssen eine revolutionäre Linke aufbauen!

Marxistische Organisation Offensiv

Massenaufstand in Sri Lanka, kriegerische Eskalation in der Ukraine, ungebremste Klimazerstörung, Aktienkurse, die in den Himmel schießen und sich von realen Fortschritten in der Produktion vollkommen abgekoppelt haben… der moderne Kapitalismus hat seine zerstörerische Wirkung vollständig entfesselt und die Menschheit in eine umfassende Krise gestürzt.

Gerade die Auswirkungen von Coronapandemie und Weltwirtschaftskrise haben in dieser Situation den Niedergang des westlichen Kapitalismus deutlich gemacht.

Der Zusammenbruch des US-Kapitalismus ist drastisch. Doch auch der deutsche Kapitalismus kommt in der „Zeitenwende“ nicht unbeschadet davon: Der Wirtschaftskrieg hat die deutsche Bourgeoisie vor einen tiefen Abgrund gestellt. Für den Fall, dass die Energielieferungen weiter nachlassen, ist mit einer Krisenentwicklung zu rechnen, die die bisherige in den Schatten stellt. Ganz sicher erleben wir heute die tiefste Wirtschaftskrise seit 1929!

Unsichere Weltlage nährt Chauvinismus der herrschenden Klasse

Mit der Wirtschaftskrise sind neue Verteilungskämpfe ausgebrochen: Die herrschende Klasse versucht ihre Profite im Kampf um globalen Einfluss, ebenso wie gegenüber der eigenen Arbeiterklasse und Armen zu verteidigen.

Der Aufstieg Chinas und die Eskalation zwischen den Weltmächten hat der deutschen Bourgeoisie vor Augen geführt, was ihr droht: Von einer imperialistischen Weltmacht zu einem Land der Peripherie degradiert zu werden. Es ist diese Drohung, die die chauvinistischen Tendenzen innerhalb der herrschenden Klasse aufleben lässt.

Das umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr, das die deutsche Bundesregierung in diesem Jahr beschlossen hat, ist alles andere als ein „Verteidigungsfond“ – mehrere Berichte haben gezeigt, was durch diese aberwitzige Milliardensumme gekauft werden soll: Vor allem Gerät der Luftwaffe, wie der F-35-Kampfjet (100 Millionen das Stück), der auch Nuklearwaffen transportieren kann, und ein neues Modell des Eurofighters.

Gleichzeitig ermutigen diese Tendenzen die Ultrarechte: Der Bundeskongress der AfD vom 17. bis zum 19. Juni hat erneut das Erstarken des Höcke-Flügels in der Partei offenbart. Höcke konnte sich an allen wichtigen Fragen durchsetzen. Der Parteivorsitz kann künftig nur noch aus einer Person bestehen, der Bundesvorstand ist beinahe komplett unter seiner Kontrolle und Höcke selbst wird den Vorsitz einer Kommission übernehmen, die die Partei „reformieren“ soll. In welche Richtung diese „Reformation“ gehen wird, zeigt eine andere angenommene Resolution Höckes: Der Unvereinbarkeitsbeschluss mit der faschistischen „Gewerkschaft Zentrum“ wurde zurückgenommen.

Der Kapitalismus bietet uns keinen Ausweg!

Dabei steht diese Rechte nicht „außerhalb“ des Systems oder „der Eliten“, wie rechte Propagandisten gerne behaupten. Sie ist der Notanker der herrschenden Klasse, wenn es darum geht, Bewegungen von unten niederzuschlagen und den Kapitalismus nach innen und nach außen zu verteidigen.

Doch gerade dieser Kapitalismus ist es, der die Lebensbedingungen der Massen in die Krise stürzt – er bietet uns keinen Ausweg! Während in diesem Jahr unter anderem Energiekonzerne durch die Preissteigerungen Übergewinne in vierstelliger Milliardenhöhe zu verzeichnen haben werden (s. S. 3), hat die herrschende Klasse mit der Inflation einen sozialen Kampf gegen die Arbeiterklasse entfesselt, um ihre Profite zu retten.

Dabei ist die offizielle Inflationsrate schon fast irreführend; die Realität ist eine Teuerung von Brot von über 10%, einer Packung Butter bei Aldi von über 80%,… Es ist überflüssig, die soziale Katastrophe weiter auszumalen, die das für Millionen von Arbeiterfamilien oder Erwerbslose bedeutet.

Währenddessen trifft sich die Führungsspitze der bürgerlichen Politik und des deutschen Kapitals bei Lindners Luxushochzeit auf Sylt. Sie posieren in ihrem Porsche und Friedrich Merz kommt sogar direkt mit seinem Privatjet. Diese Ausbeuterclique stellt ihre ganze Verachtung für das Leid der arbeitenden Bevölkerung zur Schau!

Auflebende Klassenkämpfe. Nur die Arbeiterklasse kann einen Weg aus der Krise aufzeigen!

Mit der Inflation und den sozialen Angriffen auf die arbeitende Klasse haben die Herrschenden den Wald ausgetrocknet, und die Bedingungen für einen Flächenbrand geschaffen.

Erste Ausbrüche haben wir am Beispiel der Hafenarbeiter gesehen (s. S. 4), die ein Vorbild für den Kampf gegen Inflation und für bessere Arbeitsbedingungen sind. Sie zeigen den Weg nach vorne! Weitere Betriebe müssen die Mauer des „sozialen Friedens“ durchbrechen, und ihrem Beispiel folgen!

Wir wollen keinen Krieg gegen fremde Völker – sondern gegen die Reichen, deren Exzesse wir uns nicht mehr leisten können. Unsere Probleme könnten gelöst werden, wenn die Wirtschaft nicht länger dem Profit privater Eigentümer, sondern unseren Bedürfnissen unterstellt wäre.

Schließ‘ dich uns an, und bau‘ mit uns eine revolutionäre Linke auf! Mach mit bei Offensiv!

Inflation

Preiskrieg gegen die Arbeiterklasse

Daniel Kehl

Der Gang zum Supermarkt wird im Moment für immer mehr Menschen zur Belastungsprobe: Kaum eine Woche vergeht, ohne dass die großen Lebensmittel-Discounter wieder Preise anheben. Egal ob Nudeln, Milch, Gemüse oder Schokolade – Ausnahmen von der massiven Teuerung der letzten Monate gibt es praktisch keine. Dazu kommen explodierende Energiepreise. Gas, Strom, Benzin und Co. waren alleine im Mai 39,2% teurer als noch im Vormonat. Verbraucher sollen sich – so heißt es etwa in der Berliner Morgenpost – auf Nebenkosten-Erhöhungen im vierstelligen Bereich (!) gefasst machen…

Sozialer Abstieg für Millionen

Die aktuellen Inflationsraten sind die höchsten seit Jahrzehnten und bedeuten nichts anderes als das Zurollen einer Welle des Elends auf weite Teile der Bevölkerung. Laut einer Umfrage aus dem Juni sind 15 Mio. Menschen in Deutschland auf ihrem Konto im Dispo, haben also keinerlei Guthaben mehr. In der Gruppe der 25-34-Jährigen trifft das sogar auf jeden Dritten zu! Schon 2021 stieg die Armutsquote auf ein Rekordhoch von 16,6%.

Selbst Schichten der Bevölkerung, die bisher von extremer Armut verschont waren, können jetzt binnen kürzester Frist in die Armutsfalle rutschen.

Die Reichen profitieren

Der Zynismus der Herrschenden beim Umgang mit der aktuellen Preiskrise kennt keine Grenzen: Wirtschaftsminister Habeck fordert die Bevölkerung auf, kalt zu duschen und will Schulen und andere öffentliche Gebäude im Winter nicht mehr beheizen lassen. Gleichzeitig erklimmen die Profite der Konzerne neue Rekorde: Die Dividenden der deutschen Großkonzerne an ihre Aktionäre werden 2022 voraussichtlich 70 Mrd. Euro betragen, knapp 50% mehr als im vergangenen Jahr.

Besonders dreist ist vor diesem Hintergrund die Lüge der „Lohn-Preis-Spirale“, wonach angeblich Lohnerhöhungen die Inflation ankurbeln würden. Dabei sind steigende Preise kein Naturgesetz. Die betreffenden Konzerne stehen nicht vor der Insolvenz oder sind „gezwungen“, die Preise anzuheben.

Gemäß einer Studie der LINKEN im Europaparlament ist zu erwarten, dass allein die Mineralölkonzerne in diesem Jahr Kriegsgewinne von über 1.000 Mrd. Euro einfahren werden. Statt am Lebensstandard der Ärmsten zu kürzen, wäre es daher die richtige Maßnahme, die parasitären Profiteure aus der Rechnung zu streichen und die Energiekonzerne unter Kontrolle der Arbeiter in staatliche Hand zu nehmen!

Aufstände weltweit

Noch drastischere Auswirkungen als in Deutschland haben die Preissteigerungen in anderen Ländern Europas und in Regionen des globalen Südens. In Griechenland und Albanien etwa sind seit Februar Massenproteste von zehntausenden Arbeitern und Jugendlichen ausgebrochen, die sich gegen Verarmung, steigende Benzinpreise und Kürzungspolitik der Regierungen richten. In Teilen Westafrikas drohen steigende Weltmarktpreise für Getreide zu Brotknappheit und Hunger bei knapp 40 Mio. Menschen zu führen.

Ein besonders beeindruckendes Beispiel für Gegenwehr ist der revolutionäre Aufstand in Sri Lanka (s. S. 8).

Sozialistische Antworten auf Krise und Inflation

Die umfassende Preisexplosion dient der Profit-Sicherung der großen Unternehmen in einer Wirtschaft, deren erster Maßstab der Profit einzelner Eigentümer ist. Damit zeigt der Preiskampf einmal mehr, dass diese kapitalistische Gesellschaft nicht im Sinne unserer Bedürfnisse funktioniert. Ein vollständiges Ende von Inflation und Wirtschaftskrisen kann es nur in einer Gesellschaft geben, die die Produktion dem privaten Profit und dem Markt entzogen hat – in einer sozialistischen Gesellschaft. Dafür zu kämpfen bleibt das Ziel der revolutionären Marxisten.

Nötig ist heute ein Programm von folgenden Sofortmaßnahmen:

- Bindung der Löhne an die Preise in Form der gleitenden Lohnskala.
- Erhöhung des Mindestlohns auf 15 € pro Stunde. Erhöhung staatlicher Sozialleistungen um mindestens 10 % und Übernahme aller zusätzlich anfallenden Energiekosten.
- Vermögensabgabe der Krisengewinnler aus Konzernen und Banken.
- Durchsetzung von Preiskontrollen und Höchstpreisen bei lebensnotwendigen Gütern durch Staat, Gewerkschaften und Belegschaftskomitees.
- Entschädigungslose Enteignung aller Unternehmen, die sich solchen staatlichen Preiskontrollen widersetzen. Fortführung der Produktion unter Leitung der Belegschaften.
- Verstaatlichung der Banken, Schlüsselindustrien und Energieriesen unter demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse.

Fortsetzung von Seite 12

...die Versorgungslage sei unsicher, und auch den Ukrainekrieg führen sie an. Rainer Dulger, der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) fordert einen „nationalen Notstand“ um die Streiks zu zerschlagen.

Wir erleben auch einen anderen Krieg: Den der Bosse und ihrer Handlanger!

Aber wir erleben vor allem einen anderen Krieg: Den Krieg der Bosse und ihrer Handlanger! Die Arbeitgeber sprechen davon, dass die Forderungen ungerechtfertigt und eine Friedenspflicht von 12 Monaten viel zu kurz sind, weil sie sich auf weitere soziale Angriffe vorbereiten.

Bei einer Inflation von 7,6 Prozent, die weiter steigen kann, sind eine 12-monatige Laufzeit und Inflationsausgleich eine notwendige Forderung, die vollständig durchgesetzt werden muss. Mehr noch: ver.di müsste die Forderung einer ständigen Anpassung der Löhne an die Inflation aufstellen. Ein Streik um diese Forderung könnte wie ein Funke auf andere Betriebe überspringen, und sich wie ein Flächenbrand ausbreiten!

Klassenkampf im Hamburger Hafen: Ein Funke, der den Flächenbrand entzünden könnte!

Die ver.di-Führung betont nun, dass es ein Erfolg war, dass der 48-stündige Warnstreik stattfinden konnte. Das ist wahr! Tausende Kollegen haben mit ihrer Kraft diesen Tag zum Erfolg und einem Symbol ihrer Kampfkraft gemacht.

Wir müssen den Kampf weiterführen! Stattdessen hat die ver.di-Führung einer Einigung mit den Arbeitgebern zugestimmt, die in der Praxis das Streikrecht der Kollegen und wesentliche demokratische Rechte der Arbeiter abgeschafft hat. Wie kann das dem Kampf nützen? Wie können wir unsere Forderungen durchsetzen, wenn uns das Streikrecht verboten wird?

Seit Jahren erleben wir im Hamburger Hafen eine Offensive der Bosse: Ausgliederungen, Zerschlagung der Belegschaften, Stellenabbau... Eine Situation, zu der die Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik des sozialen Friedens beigetragen haben. Und der Hamburger Hafen ist damit nicht allein! Bei allen größten Arbeitgebern in Deutschland, sei es in der Industrie oder im öffentlichen Dienst, ist es das gleiche!

Der Streik bietet nun eine einmalige Gelegenheit, das Kräfteverhältnis umzudrehen und in den Angriff überzugehen. Dieser Kampf könnte einen Wendepunkt einleiten.

Kein Schritt zurück!

Es ist unmöglich von den Gewerkschaftsspitzen, von Erfolg zu sprechen, aber den Knebelbeschluss des Arbeitsgerichts zu akzeptieren. Die Bedingungen sind da, den Kampf auszuweiten und in ein Leuchtfeuer für eine neue betriebliche Gegenoffensive von unten zu verwandeln! Dazu brauchen wir eine Eskalationsstrategie, die auf eine Ausweitung der Streiks und sofortige politische Demonstrationen setzt, die die ganze Bevölkerung in einen Kampf um die Verteidigung des Hafens und des Streikrechts einbezieht. Wir brauchen demokratische Vollversammlungen und Streikkomittees der Kollegen, auf denen weitere Kampfschritte diskutiert und demokratisch abgestimmt werden können. Das ist der Weg nach vorne!

Ihr Kampf ist unser Kampf – wir haben die Macht zu gewinnen!

Lehren eines beispielhaften Kampfes

Im Juli fanden Streiks bei Mercedes Benz in Gasteiz (Baskenland) statt. Mercedes in Gasteiz umfasst 5.000 direkte, und 30.000 indirekt abhängige Arbeitsplätze, und macht damit 5% des gesamten BIP des Baskenlandes aus.

Mercedes zeigt den Weg. Für eine Gewerkschaft der Arbeiterklasse, demokratisch und kämpferisch!

Der Kampf der Kollegen bei Mercedes war eine echte Rebellion, die sich sowohl der Offensive der Bosse als auch der Führung von UGT und CCOO entgegenstellte. Trotz der von der baskischen Regierung gestarteten Kriminalisierungskampagne; trotz der Erpressung des Unternehmensdirektors Emilio Titos, der darauf hinwies, dass das NEIN zum Tarifabkommen „eindeutig eine Wette auf den Abgrund und den Anfang vom Ende des Wachstums dieser Fabrik“ wäre... trotz alldem hat die Urabstimmung einen Schlag für den multinationalen Konzern bedeutet.

Obwohl das JA zum Tarifabkommen 57% der Stimmen erhalten hat, gewann das NEIN unter all denjenigen, die direkt an der Produktion beteiligt sind: 1.807 Nein- gegen 1.639 Ja-Stimmen. Genau das Gegenteil von dem, was an den höheren Büroarbeitsplätzen passiert ist, wo sich das JA mit 502 gegen 52 Stimmen durchgesetzt hat – darunter Dutzende Beamte und Manager.

Es ist klar, dass viele Arbeiter, die mit JA gestimmt haben, dies unter enormem Druck getan haben. Ein weiterer Aspekt, der bei vielen Arbeitern schwer wiegt, sind die Errungenschaften, die den Bossen abgerungen wurden.

Der bürokratische Apparat von UGT und CCOO im Dienste von Emilio Titos

Seit mehr als zwei Jahrzehnten nutzen sowohl UGT als auch CCOO und PIM ihre Mehrheit im Betriebsrat, um den Forderungen der Arbeitgeber nachzugeben.

Angesichts dieser ermutigenden Situation versuchte die Unternehmensleitung nun, die sechste Nachtschicht und lächerliche Gehaltserhöhungen durchzusetzen: 0% im Jahr 2021 im Austausch gegen eine Einmalzahlung von 2.000 Euro brutto, 5% im Jahr 2022 und 2% für die folgenden 4 Jahre. Sie machten jedoch einen schweren Fehler. Sie glaubten, dass ihre Mitarbeiter die gleiche unterwürfige Haltung einnehmen würden wie die Führer der UGT, CCOO, Ekintza und PIM. Doch nichts ist weiter von der Realität entfernt!

Nach diesem Vorschlag schlugen ELA, LAB und ESK vor, dem Unternehmen die Stirn zu bieten, und legten einen Streik- und Mobilisierungsplan auf den Tisch. Ein Plan, der von Anfang an von den Gewerkschaften, die eine Mehrheit in der Verhandlungskommission hatten, boykottiert wurde.

Doch ihr Boykott hatte die gegenteilige Wirkung: Er steigerte die Empörung unter der Belegschaft, ließ die Streikposten vor den Werkstoren von Tag zu Tag anwachsen, der Streik legte die Produktion lahm und das Vertrauen der Arbeiter in die eigene Stärke wuchs. Darum bemühten sich die unterzeichnenden Gewerkschaften in Abstimmung mit dem Unternehmen und der baskischen Regierung verzweifelt darum, eine Einigung zu erzielen.

Nach der Unterzeichnung der Vorvereinbarung zeigte die Belegschaft erneut ihre Entschlossenheit. In einer großen Versammlung mit mehr als 2.000 Arbeitern stimmten sie per Handzeichen für die Aufrechterhaltung der Streiks und mit NEIN zu diesem Vorab-Abkommen der Schande.

Dieser Streik hat dazu gedient, zu demonstrieren, wie man gegen die Mafia-Aktion eines multinationalen Unternehmens und seiner Handlanger kämpft.

Die wichtigste Lehre ist, dass jedes Zugeständnis der Arbeitgeber nur die Folge eines massiven und demokratisch organisierten Kampfes der Arbeiter durch Streiks und direkte Aktionen ist. Es ist nicht möglich, an einem Verhandlungstisch zu erringen, was nicht zuvor auf den Straßen und im Kampf errungen wurde. So haben ELA, LAB, ESK und die Belegschaft die sechste Nachtschicht verhindert und den anfänglichen Gehaltsvorschlag des Unternehmens von 2.000 auf 4.000 Euro brutto und von 5 % auf 6 % erhöht.

Der Kampf von Mercedes war ein neuer Meilenstein in der Rebellion, die sich innerhalb der Arbeiterklasse zusammenbraut. Er hat die verbrecherische Politik des sozialen Friedens, die vor allem die Profite der Konzerne auf Kosten der weiteren Ausbeutung und Verarmung der Arbeiterklasse garantiert, einmal mehr offengelegt.

Die Arbeiterklasse hat erneut bewiesen, dass sie ihrer Aufgaben gewachsen ist. Wir müssen eine klassenbewusste, internationalistische Linke aufbauen!

Das „Strategische Konzept“

Rüsten für den imperialistischen

Antonio Garcia Sinde

Es besteht kaum ein Zweifel daran, dass der NATO-Gipfel in Madrid von großer Bedeutung ist. Nach drei Tagen militaristischer Orgie endete das vom US-Imperialismus befohlene Treffen mit der Veröffentlichung eines „Strategischen Konzeptes“. Auf den 15 Seiten sind die USA und ihre europäischen Butler gezwungen, die historischen Veränderungen anzuerkennen, die in der Weltordnung nach dem Zusammenbruch der UdSSR stattgefunden und im Zuge der großen Rezession des Kapitalismus im Jahr 2008 eine tiefe Krise ausgelöst haben. Die Veränderungen in den Kräfteverhältnissen der internationalen Beziehungen sind inzwischen so offensichtlich, dass die Sicherung des Sieges der USA über China im Kampf um die Weltherrschaft zum ersten Ziel der NATO geworden ist.

Alle NATO-Mitglieder sind durch diesen Reifen gesprungen. Die Perspektive weiterer möglicher Kriege hat sich in einer einmütigen Zustimmung zu einer drastischen Erhöhung der Militärausgaben herauskristallisiert. An der Schwelle zu einer neuen wirtschaftlichen Rezession wird die Finanzierung der Aufrüstung auf Kosten neuer und noch härterer sozialer Einschnitte auf der ganzen Welt gehen.

China ist der Hauptfeind und Russland das unmittelbare Ziel

Die große „Neuerung“ des Strategischen Konzepts besteht jedoch zweifellos darin, den großen Feind des westlichen Blocks eindeutig zu benennen.

Dank der Vorteile, die sein Staatskapitalismus bietet, hat China die schlimmsten Folgen von Rezession und Pandemie vermieden. Als größte Industrie- und Exportmacht der Welt, mit einer atemberaubenden Entwicklung in den Bereichen Technologie, KI, Telekommunikation, Infrastruktur und einer Fähigkeit zur Eroberung strategischer Märkte, von Handelsrouten und Rohstoffquellen, die der Welt den Atem verschlägt, sagen viele Studien voraus, dass sie innerhalb eines Jahrzehnts die USA als führende Supermacht ablösen wird. Infolge dieser Expansion spielen Investitionen und Handel mit China in etlichen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sowie in Europa eine immer größere Rolle.

In Bestätigung der leninistischen These von der Unmöglichkeit einer konfliktfreien imperialistischen Ordnung ist die amerikanische Bourgeoisie nicht bereit, ohne einen Kampf auf Leben und Tod ihre Unterordnung zu akzeptieren. Angesichts ihres Niedergangs, der sich sowohl auf ihre Rolle in der Welt als auch auf ihre Innenpolitik auswirkt, haben die USA beschlossen, mit einer militärischen Eskalation zu reagieren und europäische Partner wie Deutschland, Frankreich oder Italien hinter sich herzuziehen, nachdem diese zuvor gezögert hatten, sich ihrer Politik bedingungslos anzuschließen. Das hat sich insbesondere angesichts der massiven Intervention im imperialistischen Krieg in der Ukraine und der vom Weißen Haus geplanten Sanktionen gegen Russland gezeigt.

Das Strategische Konzept lässt keinen Raum für Zweifel: „Die erklärten Ambitionen und die Zwangspolitik der Volksrepublik China gefährden unsere Interessen, unsere Sicherheit und unsere Werte. Die VR China setzt eine breite Palette politischer, wirtschaftlicher und militärischer Instrumente ein, um ihre globale Präsenz zu erweitern und ihre Macht zu demonstrieren, während sie gleichzeitig ihre Strategie, ihre Absichten und ihre militärische Aufrüstung undurchsichtig hält.“

China ist in der Tat zu einer imperialistischen Großmacht geworden und die NATO wirft dem Land vor, dass es die Dreistigkeit besitzt, viele der Dinge zu tun, die sie selbst seit Jahrzehnten getan haben: „Die VR China strebt die Kontrolle über technologische und

industrielle Schlüsselsektoren, kritische Infrastrukturen sowie strategische Materialien und Versorgungsketten an. Sie nutzt ihren wirtschaftlichen Vorteil, um strategische Abhängigkeiten zu schaffen und ihren Einfluss zu vergrößern.“

Aber die Realität hat die NATO eingeholt. China spielt eine so wichtige Rolle in der Weltwirtschaft, dass eine offene Konfrontation zum jetzigen Zeitpunkt nicht in Frage kommt. Mehrere NATO-Länder wie Deutschland, Frankreich und Italien unterhalten bedeutende Wirtschaftsbeziehungen zu China und sind nicht bereit, diese von vornherein abzubrechen, nur um Biden zu gefallen. Daher bleibt ihnen nichts anderes übrig, als zu verkünden, dass „wir weiterhin für ein konstruktives Engagement mit der Volksrepublik China offen sind, einschließlich der Entwicklung gegenseitiger Transparenz im Hinblick auf die Wahrung der Sicherheitsinteressen unseres Bündnisses.“

der NATO:
Krieg und gegen den inneren Feind

Mit anderen Worten: Wenn China sich bereit erklärt, sich dem US-Kapitalismus wieder unterzuordnen, ist alles gut, wenn nicht, dann soll es verdammt sein: „Die Abschreckungs- und Verteidigungspolitik der NATO beruht auf einer angemessenen Mischung aus nuklearen, konventionellen Waffen und Raketenabwehrmitteln, die durch Weltraum- und Cybermittel ergänzt werden. (...) Wir werden militärische und nicht-militärische Instrumente in angemessener, kohärenter und integrierter Weise einsetzen, um auf alle Bedrohungen unserer Sicherheit in der Weise, zu dem Zeitpunkt und in dem Gebiet unserer Wahl zu reagieren."

Die Aufrichtigkeit dieser Kriegserklärung ist zu begrüßen. Angesichts von „Sicherheitsbedrohungen" wie China werden alle Arten von Waffen, einschließlich Nuklearwaffen, zum Einsatz kommen, und die NATO behält sich das „Recht" vor, zu entscheiden, wann sie zuschlägt.

Zunächst bereitet die NATO ihre Streitkräfte im Bereich der Seefahrt vor, die für den internationalen Handel von entscheidender Bedeutung ist. Im Strategischen Konzept wird anerkannt, dass „die maritime Sicherheit der Schlüssel zu unserem Frieden und Wohlstand ist." Den ersten Schritt haben die Vereinigten Staaten mit der Unterzeichnung des AUKUS-Abkommens und der Stationierung von Atom-U-Booten im Südchinesischen Meer bereits getan. Das Ziel ist klar: Chinas Seehandel zu blockieren, wenn es so weit ist.

Auch der Krieg um die Kommunikation und den Cyberspace spielt eine wichtige Rolle bei den Vorbereitungen gegen China. Im Zweifelsfall geht die NATO davon aus, dass „eine einzelne oder kumulative Reihe von böswilligen Cyberangriffen (...) das Niveau eines bewaffneten Angriffs erreichen und den Nordatlantikrat dazu veranlassen könnte, Artikel 5 der NATO-Charta geltend zu machen." Mit anderen Worten: Ein – realer oder simulierter – Computer-Hack könnte einen militärischen Angriff der NATO auslösen und eine unaufhaltsame Spirale der Zerstörung in Gang setzen.

Die NATO bereitet sich auf einen planetenweiten Weltkrieg und auf einen Bürgerkrieg vor

Obwohl der Schwerpunkt der NATO ursprünglich auf dem Nordatlantik lag, ist sie seit langem auch in anderen Gebieten militärisch aktiv. Das Strategische Konzept verdeutlicht diese Realität und lässt keinen Zweifel, dass für die NATO der gesamte Planet ein potenzielles Schlachtfeld ist: „Wir werden mit unseren Partnern zusammenarbeiten, um gemeinsamen Sicherheitsbedrohungen (...) in Regionen von strategischem Interesse für das Bündnis, einschließlich des Nahen Ostens, Nordafrikas und der Sahelzone, zu begegnen. Der indopazifische Raum ist für die NATO von großer Bedeutung, da sich die Entwicklungen in dieser Region unmittelbar auf die euro-atlantische Sicherheit auswirken können."

Die Anwesenheit der engen US-Verbündeten Japan, Australien, Südkorea und Neuseeland auf dem Gipfeltreffen zeigt, welche Bedeutung die NATO der Kontrolle des indopazifischen Raums beimisst; dem wahrscheinlichsten Ort, an dem es irgendwann in der Zukunft zu einer militärischen Auseinandersetzung mit China kommen könnte.

Die NATO bereitet sich jedoch nicht nur auf direkte militärische Bedrohungen vor: „Strategische Konkurrenten stellen unsere Widerstandsfähigkeit auf die Probe und versuchen, die Offenheit, Vernetzung und Digitalisierung unserer Länder auszunutzen. Sie mischen sich in unsere demokratischen Prozesse und Institutionen ein und greifen die Sicherheit unserer Bürger durch hybride Taktiken an, sowohl direkt als auch durch Stellvertreter. Sie führen bösartige Aktivitäten im Cyberspace und im Weltraum durch, fördern Desinformationskampagnen, instrumentalisieren die Migration, manipulieren die Energieversorgung und üben wirtschaftlichen Zwang aus." Nur fünf Tage vor der Eröffnung des Gipfels fand eine praktische Demonstration des Kampfes gegen die „Instrumentalisierung der Migration" statt. Das unmenschliche Massaker an fast 50 Flüchtlingen am Grenzzaun von Melilla in einer gemeinsamen Aktion der Guardia Civil und der marokkanischen Gendarmerie.

Im Strategischen Konzept heißt es klar und deutlich: „Wir werden die Fähigkeit des Bündnisses zur Unterstützung des zivilen Krisenmanagements und von Hilfsmaßnahmen weiter ausbauen und uns auf die Auswirkungen des Klimawandels, der Ernährungsunsicherheit und gesundheitlicher Notlagen auf die Sicherheit des Bündnisses vorbereiten. Wir werden dafür sorgen, dass die Ressourcen, die Mittel, die Ausbildung und die Führungs- und Kontroll-

mechanismen zur Verfügung stehen, um militärische und zivile Krisenbewältigungs-, Stabilisierungs- und Terrorismusbekämpfungsmaßnahmen, auch in strategischer Entfernung, einzusetzen und zu unterstützen."

Die NATO ist sich voll und ganz bewusst, dass die globale Wirtschaftskrise die arbeitenden Massen zum Aufstand treibt. Der revolutionäre Aufstand in Sri Lanka ist nur eine erste Episode dessen, was uns in naher Zukunft erwartet. Was sie euphemistisch „ziviles Krisenmanagement" nennen, ist nichts anderes als die Vorbereitung interner Repressionsmaßnahmen gegen Proteste und Aufstände der Bevölkerung.

Lasst uns eine revolutionäre Antwort auf die Pläne des Imperialismus vorbereiten!

Trotz des ganzen Propagandarummels, trotz der Kampagnen der Desinformation in Bezug auf den Krieg in der Ukraine, ist es dem westlichen Imperialismus nicht gelungen, eine Atmosphäre der aktiven Unterstützung für den Krieg zu schaffen. Zunächst kam es in einigen europäischen Hauptstädten zu Massendemonstrationen. Doch je länger der imperialistische Konflikt andauert und die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen gegen Russland die Arbeiterklasse im Westen treffen, desto mehr schwindet die ohnehin schon schwache Unterstützung für die von der NATO proklamierte Kriegstreiberei.

Der jüngste Sturz von Boris Johnson, einem überzeugten Lakaien der USA und einem der lautstärksten Befürworter eines weiteren Engagements in der Ukraine, ist ein Zeichen dafür, dass die NATO auf wackligen Füßen steht.

Der westliche Kapitalismus ist sich seiner Schwäche und seines mangelnden Rückhalts voll bewusst, weshalb er seinen Militär- und Repressionsapparat verstärkt. Trotz ihrer Rhetorik und Heuchelei ist das Bild, das uns die NATO-Erklärung vor Augen führt, glasklar: Wir steuern kopfüber auf eine globale Konfrontation zwischen den beiden großen imperialistischen Mächten zu, die Zerstörung, Tod und Leid auf dem gesamten Planeten verbreiten wird.

Es gibt nur eine Alternative zu dieser düsteren Aussicht: Die Arbeiterklasse und die Jugend müssen sich organisieren, um eine revolutionäre Alternative zu einer überholten Weltordnung und diesem kapitalistischen System aufzubauen. Eine solche revolutionäre Alternative ist das, was Aufstände wie der in Sri Lanka brauchen, wenn der kapitalistische Albtraum ein für alle Mal beendet werden soll und wenn der Triumph der sozialistischen Revolution eine friedliche Zukunft sichern soll.

Sri Lanka: Die Arbeiterklasse muss die Macht ergreifen und die Barbarei beenden

Erklärung der Internationalen Revolutionären Linken

Der Volksaufstand, der im vergangenen März in Sri Lanka begann, hat sich zu einer ausgewachsenen Revolution entwickelt. Hunderttausende von Demonstranten sind in der Hauptstadt Colombo auf die Straße gegangen und haben den Präsidentenpalast gestürmt, nachdem sie die Militär- und Polizeikräfte überwältigt haben. Präsident Gotabaya Rajapaksa musste fliehen, und offiziell ist sein Aufenthaltsort unbekannt, obwohl die indische Presse berichtet, dass er das Land auf einem Kriegsschiff verlassen hat.

Die Wirtschaftskrise und der revolutionäre Aufstand

Die Wirtschaftskrise in Sri Lanka (die schlimmste, die das Land seit seiner Unabhängigkeit erlebt hat) hat Millionen von Arbeiter- und Bauernfamilien in Elend und Verzweiflung gestürzt. Der Mangel an Treibstoff, die ständigen Stromausfälle und der stratosphärische Anstieg der Lebensmittelpreise haben die Geduld der Menschen erschöpft. Ein Prozess, der sich unweigerlich in vielen anderen Ländern wiederholen wird.

Die Krise wurde vom IWF genutzt, um im Einvernehmen mit den Regierungsparteien und der srilankischen Bourgeoisie einen brutalen Kürzungsplan durchzusetzen. Die ausländischen Mächte, die sich wie Aasfresser verhalten haben, sahen eine Gelegenheit, noch mehr Gewinne zu erzielen und weigerten sich strikt, auch nur die geringste Erleichterung zu gewähren.

Nach tagelangen spontanen und massiven Protesten riefen die Gewerkschaften am 28. April den ersten Generalstreik seit 1980 aus und forderten u.a. den Rücktritt des Präsidenten. Der Generalstreik wurde am 6. Mai wiederholt, und seit diesem Tag sind zahlreiche Produktionsbereiche in Sri Lanka auf unbestimmte Zeit bestreikt worden.

Die Regierung reagierte mit blutiger Repression, wobei sie sowohl Polizei und Armee als auch faschistische Banden eingesetzt hat, die bereits während des Krieges Terror gegen das tamilische Volk verbreitet hatten. Doch die Demonstranten ließen sich von der Repression nicht einschüchtern. Im Gegenteil: Die Proteste nahmen an Intensität zu und zwangen schließlich den Premierminister zum Rücktritt.

Wahllose Repression, wie wir sie schon in früheren revolutionären Situationen erlebt haben, haben zur Folge, dass die Disziplin der Streitkräfte gebrochen wird. Die Bilder, die uns gerade aus Sri Lanka erreichen, zeigen, wie sich Angehörige der Armee und der Polizei den Demonstranten anschließen. Der Staatsapparat ist in großer Bedrängnis, er bricht zusammen, und es entwickelt sich eine Situation der Doppel-

macht. Die Bedingungen für die Einsetzung einer Regierung, die wirklich die Arbeiter, die Bauern und alle unterdrückten Bevölkerungsgruppen des Landes vertritt, sind offensichtlich vollkommen herangereift. Eine Regierung, die in der Lage ist, die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer zu enteignen, die Produktion auf der Grundlage der bereits entstandenen revolutionären Komitees zu organisieren und den Weg zum Sozialismus zu öffnen.

Alle Macht der Arbeiterklasse! Für eine revolutionäre Regierung mit einem sozialistischen Programm!

Eine solche Regierung, die als einzige in der Lage wäre, etwas zu verändern, kann sich nicht auf denselben Staatsapparat stützen, der jahrzehntelang dazu diente, die große Mehrheit der Bevölkerung zu unterdrücken. Die srilankische Arbeiterklasse mit ihren gewaltigen revolutionären Traditionen muss sich auf ihre eigenen Machtorgane stützen. Sie muss die wirtschaftlichen Zentren, die Banken und Monopole durch entschädigungslose Verstaatlichung in die eigenen Hände nehmen, genauso wie die Verwaltung, die Kommunikationsmittel und die Infrastruktur.

Wenn die Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen stünde, könnten Sofortmaßnahmen gegen die Krise beschlossen werden: Einfrieren der Preise für Grundgüter, Anhebung der Löhne, Enteignung der Reichen, Beendigung der Manöver der Spekulanten, Organisierung von Arbeiter- und Volksmilizen durch einen wirksamen Appell an die Soldaten, Ersetzung der bürgerlichen Gerichte durch Organe der revolutionären Justiz...

Heute Morgen hat ein Teil der Demonstranten den Präsidentenpalast gestürmt, ein anderer Teil ist zur Zentralbank gegangen. Dies ist eine gute Entwicklung, aber um das Finanzwesen zu kontrollieren, reicht es nicht aus, ein Gebäude zu besetzen. Es ist nötig, in allen Finanzzentren Arbeiterausschüsse zu organisieren, um Kapitalflucht zu verhindern und die Verstaatlichung des Sektors durchzuführen. Das ist die Aufgabe aller Organisationen, die den Anspruch erheben, revolutionär zu sein.

Solange die produktiven Ressourcen des Landes, die Produktionsmittel, in den Händen der nationalen Kapitalisten und ihrer imperialistischen Herren bleiben, wird es unmöglich sein, die Situation des Elends erfolgreich zu beenden. Auch sollte man sich nicht naiv auf die derzeitige Welle der Unterstützung der Revolution durch Angehörige der Streitkräfte verlassen. Es sind die einfachen Soldaten, die sich ihren Klassenbrüdern und -schwestern anschließen. Aber was ist mit der Kaste der Offiziere und Kommandanten? Zweifellos schmieden sie bereits Pläne, um die Kontrolle über die Situation wiederzuerlangen. Die einzige Möglichkeit, das zu verhindern, besteht darin, die derzeitige Armee aufzulösen und sie durch eine Arbeitermiliz zu ersetzen, die die Waffen verteilt, damit die Revolution von ihren eigenen Protagonisten, der Arbeiterklasse und einfachen Bevölkerung, verteidigt werden kann.

Die Tiefe der kapitalistischen Krise und die Zersetzung des Herrschaftssystems haben die Aktualität und die dringende Notwendigkeit einer sozialistischen Revolution und einer Strategie für den Sieg wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Heute führen die srilankischen Massen eine soziale Revolution nach klassischem Muster durch, obwohl der bewusste Faktor dieser Revolution, eine revolutionäre Partei, fehlt und im Laufe des Kampfes aufgebaut werden muss.

Sri Lanka ist die erste Episode einer weltweiten revolutionären Welle.

Nichts von dem, was bisher in Sri Lanka geschehen ist, ist außergewöhnlich oder speziell für dieses Land. Die Probleme, mit denen die Unterdrückten in Sri Lanka konfrontiert sind, sind die gleichen, mit denen wir, die Arbeiter und Armen, uns überall auf der Welt herumschlagen.

Es ist unvermeidlich, dass sich Ereignisse wie in Sri Lanka in den kommenden Monaten weltweit wiederholen. Die Krise trifft den Kern des kapitalistischen Systems, das sich in diesem Moment nicht nur als unfähig erweist, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern, sondern nicht einmal in der Lage ist, Hunderten Millionen auch nur das Existenzminimum zu bieten!

Die Antwort des Kapitalismus auf seine strukturelle Krise haben wir auf dem NATO-Gipfel in Madrid gesehen: eine unverhältnismäßige Erhöhung der Militärausgaben und die Vorbereitung auf die Zerschlagung jedes Versuchs, den inakzeptablen Privilegien der bürgerlichen Elite ein Ende zu setzen.

Auch wir, die arbeitenden Frauen und Männer, die Jugend; wir alle, die wir mit unserer Arbeit gesellschaftlichen Reichtum schaffen, der von einer winzigen Minderheit, der Kapitalistenklasse, angeeignet wird, müssen uns auf die kommenden Kämpfe vorbereiten.

Unsere entscheidendste Waffe ist die revolutionäre Mobilisierung und Organisierung. Die Krise des Kapitalismus mit ihrer immer unmittelbarer werdenden Bedrohung durch Krieg und Zerstörung erfordert eine sozialistische Antwort. Es ist notwendig und dringend, jetzt eine revolutionäre Linke aufzubauen, die in der Lage ist, mit einem Programm und einem Aktionsplan in die Ereignisse einzugreifen, und den Sieg der Volksmobilisierung zu gewährleisten! Die massive Reaktion auf die kapitalistische Krise hat begonnen und unsere Aufgabe ist es, die Organisation aufzubauen, die den Sieg möglich macht. Für eine sozialistische Zukunft der Menschheit!

DIE LINKE in der Krise

Nadja Habibi

In der LINKEN kriselt es reichlich, was sich auch in ihren Wahlergebnissen widerspiegelt. Bei der Bundestagswahl 2021 schaffte sie den Einzug in den Bundestag nur knapp durch das Erringen von drei Direktmandaten und wäre ansonsten an der 5%-Hürde gescheitert. Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, im Saarland und in Schleswig-Holstein in diesem Jahr hat sie jeweils über die Hälfte ihrer Prozentpunkte im Gegensatz zur vorherigen Landtagswahl verloren.

Bundesparteitag – vom Regen in die Traufe

Der Bundesparteitag im Juni 2022 hat keinen Anlass für Optimismus gegeben. Statt eine Klärung der drängendsten Themen unserer Zeit zu bieten, wurde von einer Einheit der Partei und anderen Allgemeinplätzen schwadroniert. Dabei scheint sich diese Bestrebung genau in ihr Gegenteil zu verkehren: eine Spaltung der Partei in zwei reformistische Lager bahnt sich an. Wagenknecht selbst kündigte an, auf Basis des „Aufrufs für eine populäre Linke“ ein Netzwerk zu schaffen, das auf einer baldigen Konferenz weitere Schritte diskutiert.

Das hängt sicher auch damit zusammen, dass dieser Parteitag für das Wagenknecht-Lager eher ernüchternd verlaufen ist. Kein einziger Vertreter der SL wurde in den neuen Parteivorstand gewählt, der von 44 auf 26 Mitglieder verkleinert worden ist. Auch marxistische Kräfte aus den Reihen der Antikapitalistischen Linken (AKL) sind nicht länger im Parteivorstand vertreten.

Soziale Spaltung

Manche würden behaupten, dass die Entwicklung der LINKEN auf ein schlechtes Bewusstsein der Arbeiterklasse hinweist. Dabei ist das, was sich in der Krise der Linken abzeichnet, das genaue Gegenteil: Die Coronapandemie wirkte wie ein Brandbeschleuniger auf die soziale Polarisierung. Auf der einen Seite haben die Milliardäre dieser Welt ihr Vermögen seit März 2020 um fünf Millionen Dollar gesteigert – von insgesamt 8,6 auf 13,8 Billionen – das ist ein stärkeres Wachstum als in den 14 Jahren vor der Pandemie.

Parallel dazu ist die Armut gestiegen, und die Grundlage des sozialen Friedens wurde auch in den Kernbelegschaften der Produktionsbetriebe drastisch untergraben: Konzerne wie VW, Daimler oder BMW schickten hunderttausende Beschäftigte in Kurzarbeit.

Damit hat die herrschende Klasse den Boden für eine soziale Explosion geschaffen. Dass es nicht früher dazu kam, liegt einzig daran, dass die Gewerkschaftsführer einen Pakt mit den Unternehmern geschlossen haben, um soziale Kämpfe zu beschwichtigen, die Kurzarbeit auszuweiten und die „Sozialpartnerschaft nicht zu gefährden“!

Was haben die Führer der LINKEN getan?

Damit hat ein riesiges Vakuum bestanden, um sich an die Belegschaften und Armen zu wenden, und ein Kampfprogramm als Antwort auf die Krise vorzuschlagen.

Doch DIE LINKE hat sich mit einem reformistischen Programm begnügt, das weit hinter den objektiven Notwendigkeiten zurückbleibt. So finden sich in Stellungnahmen der Partei Formulierungen wie „Reiche müssen stärker an den Krisenkosten beteiligt werden als Arme“ oder „Die Kosten der Krise gerecht verteilen“. Doch warum nicht die Krise des Kapitalismus beenden, statt ihre Kosten auf Reiche *und* Arme „gerecht“ zu verteilen?!

Während die kapitalistische Krise die Lebensbedingungen von Millionen auf den Kopf gestellt, Arbeitslose in die absolute Armut gedrängt und hinter die Zukunft der deutschen Industrie ein großes Fragezeichen gesetzt hat, hatte die Führung der LINKEN nicht mehr zu fordern, als einen um 1% weniger elenden Kapitalismus. Kein Wunder, dass ein solches Programm die Massen, die die Krise von der Welt der Reichen und Mächtigen noch weiter entfremdet hat, nicht mobilisieren konnte!

Wir müssen eine revolutionäre Linke aufbauen!

Auf uns kommen Zeiten harter Auseinandersetzungen zu. Und – wie es schon der Revolutionär Trotzki formulierte – eine „Partei, die sich auf die Arbeiter stützt, aber der Bourgeoisie dient, muß in der Periode höchster Zuspitzung des Klassenkampfes den Geruch des auf sie wartenden Grabes riechen“. Um das zu verhindern, ist ein radikaler Kurswechsel der LINKEN nötig!

Wir als Offensiv kämpfen innerhalb und außerhalb der LINKEN für einen klaren, klassenkämpferischen und sozialistischen Kurs. Wir wollen eine Partei, die, bewaffnet mit dem Programm des Kommunismus, in die Betriebe interveniert, die Bewegungen auf der Straße aufbaut und einen Kampfplan der Arbeiterklasse für die kommenden Kämpfe und Herausforderungen aufstellt. Wenn es darum geht, die drohende Katastrophe von Klimawandel, Sozialkürzungen und Krieg abzuwenden, gibt es zu dieser Perspektive keine Alternative.

Diese Artikelfassung ist stark gekürzt. Besuche unsere Website, um den ganzen Artikel zu lesen:

Abonniere die Offensiv!

Unterstütz' uns im Kampf für eine unabhängige Zeitschrift, eine kämpferische Arbeiterbewegung und den Sozialismus! Abonniere die Offensiv!

Alternativ findest du den Link auf unserer Website.

Schließ dich den revolutionären Kommunisten an!

Mach mit bei Offensiv!

offensiv_marxisten

0162 8359272

mail@offensiv.net

Offensiv - Marxistische Organisation

www.offensiv.net

Wer wir sind, wofür wir kämpfen

Wir kämpfen in Gewerkschaften und Bewegungen für umfassende soziale Verbesserungen, gegen Unterdrückung, Armut, Ausbeutung und Krieg. All das können wir nur durch eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft erreichen.

Denn obwohl uns erzählt wird, dieses System sei „demokratisch", weil wir alle vier Jahre wählen gehen, ist es das in Wirklichkeit nicht. Nur wenige Kapitalisten haben die Kontrolle über Banken und Konzerne. Sie bestimmen, zu welchen Bedingungen produziert und verteilt wird und häufen die Profite an.

Ein Ende unserer sozialen und gesellschaftlichen Probleme ist nur erreichbar durch die Abschaffung des Kapitalismus, die Enteignung und Überführung der Produktionsmittel in Gemeineigentum und eine demokratisch geplante Wirtschaft. Eine Gesellschaft, basierend auf einem System von Räten und Versammlungen in den Betrieben, Schulen und Nachbarschaften.

Eine solche Gesellschaft ist anders als das, was es im Stalinismus gab. Dort war das Privateigentum an den Produktionsmitteln abgeschafft, wirkliche Arbeiterdemokratie gab es aber nicht. Wir organisieren uns an der Seite der Genossinnen und Genossen der Internationalen Revolutionären Linken (IRL). Gemeinsam kämpfen wir dafür, die Diktatur des Kapitals mit einer sozialistischen Gesellschaft zu ersetzen.

Soziale Verbesserungen für Alle! Weg mit den Hartz-Gesetzen! Einführung eines sanktionsfreien Arbeitslosengeldes und einer Mindestrente von 750 € plus Warmmiete. Rentenalter auf 60 senken. Mehrwertsteuer und Rundfunkgebühr abschaffen! Wohnen, Bildung und Gesundheit in öffentliche Hand! Gesundheitszentren für jede Nachbarschaft! Zusammenfassung der Krankenkassen in eine öffentliche.

Gute Arbeit. Mindestlohn von 14€ ohne Ausnahmen. Volle Übernahme der Sozialversicherungsbeiträge durch die Arbeitgeber. Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden die Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Leiharbeit abschaffen! Kopplung der Renten und Löhne an die Preisentwicklung.

Volle demokratische Rechte. Nein zu den Polizeigesetzen: Für volle Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit. Militär runter von unseren Straßen! Nazis bekämpfen, nicht befördern: Verfassungsschutz abschaffen! Nein zu jeder Form der Diskriminierung wegen Geschlecht, Hautfarbe, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung.

Frauen. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Kostenlose, ganztägige Kinderbetreuung und öffentliche Kantinen in jeder Nachbarschaft. Weg mit den Abtreibungsparagraphen §218 und §219! Kampf der Pornographie, der Prostitution und dem Menschenhandel!

Jugend. Wahlrecht ab 16 Jahren. Eine Schule für Alle. Deutliche Anhebung der Ausbildungsgehälter auf mindestens 1.200€ netto und garantierte Übernahme. Soziale Zentren in allen Stadtteilen. Umfassende Aufklärung und Kampf dem Drogensumpf!

Ökologie. Ausbau des Schienennetzes und kostenlosen, öffentlichen Nahverkehr! Schluss mit Braunkohleabbau, Tiefseebohrungen, AKWs und Fracking. Jeden Job erhalten: Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung auf Kosten der Eigentümer. Entschädigungslose Enteignung und Verstaatlichung der Energiekonzerne! Demokratische Kontrolle über Pharma- und Lebensmittelindustrie! Investitionskontrollen nach sozialen und ökologischen Kriterien.

Eine Klasse – ein Kampf: Hoch die internationale Solidarität! Nein zur EU der Banken und Konzerne! Nein zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Enteignung und ziviler Umbau der Rüstungsindustrie und Umschulung der Beschäftigten bei voller Lohnfortzahlung. Austritt und Auflösung der NATO! Nein zu Spaltung und Lohndrückerei: Wahl-, Bleibe- und Arbeitsrecht; Mindestlohn und Recht auf gewerkschaftliche Organisierung für Alle!

Gewerkschaften. Nein zur Klassenkollaboration! Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften im Interesse der Verbesserung unserer Arbeits- und Lebensbedingungen! Nein zu Privilegien für Funktionäre: ständige Wähl- und Abwählbarkeit und einen durchschnittlichen Arbeiterlohn für Hauptamtliche. Für ein vollumfängliches Recht auf gewerkschaftliche Selbstorganisation und Streik. Kampf der Spaltung durch Leiharbeit, Befristungen, Ausgliederungen usw.

Geplant und demokratisch wirtschaften! Offenlegung der Geschäftsbücher der Banken und Konzerne. Verstaatlichung der Schlüsselindustrien und Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung und ihrer Organisationen. Demokratische Planung der Produktion der Schlüsselindustrien, vollständige Kontrolle des Finanzwesens, und aller Fragen des Sozial-, Gesundheits-, Bildungs- und Transportsyems. Für die gesellschaftlich sinnvolle Verteilung der Arbeit auf die gesamte arbeitsfähige Bevölkerung und den nachhaltigen, modernisierten und zivilen Umbau der Wirtschaft entlang der Bedürfnisse.

Für die internationale, sozialistische Revolution und den Aufbau des Sozialismus im Weltmaßstab!

Hafenstreik:

Schockierende Angriffe auf die Streikenden des Hamburger Hafens

Marxistische
Organisation Offensiv

Erklärung vom 15. Juli

Der heutige Streik der Beschäftigten des Hamburger Hafens war ein voller Beweis der Stärke: Mehr als 5.000 Kollegen waren allein bei der heutigen Demonstration auf der Straße, 12.000 wurden von ver.di zum Streik aufgerufen. Aus allen norddeutschen Häfen waren Beschäftigte da, um die Demonstration zu unterstützen, und die Solidarisierung ging so weit dass selbst ein Kollege der Krankenhäuser in NRW ein Grußwort auf der Demonstration abhielt.

Die Reaktionen der bürgerlichen Medien, der Justiz und der bürgerlichen Politik waren von ganz anderer Qualität: Die Bosse setzten alle Hebel in Bewegung, weil sie den Streik mit aller Kraft brechen wollen.

Nachdem der Streik der Beschäftigten den Umschlag in allen wichtigen Containerterminals lahmgelegt hat, wollte ein Hamburger Arbeitsgericht den Streik illegalisieren - und konnte eine Einigung zwischen ver.di und der Arbeitgeberseite erzielen, laut der der Streik bis zum 26. August untersagt ist!

Heute haben wir schockierende Bilder gesehen, von Polizeiketten, die mit Pfefferspray und Festnahmen gegen den legitimen und machtvollen Streik der Hamburger Hafenarbeiter vorgingen. Was für ein schändliches Vorgehen!

Mit ihren Manövern wollen die Bosse den Streik in seiner Archillesferse treffen: Der Hamburger Hafen ist bei weitem der größte und bedeutsamste Hafen des Landes, und ein Streik der Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist ein wichtiger Faktor, um den Streiks in den anderen Häfen Rückenwind zu liefern.

Der Streik im Hamburger Hafen kann eine unvergleichliche Strahlkraft auf andere Betriebe entfalten, die sich mit der Offensive der Arbeitgeber konfrontiert sehen. Deshalb schlagen kapitalistische Politiker einen so aggressiven Ton an. Der Streik im Hafen sei unmöglich, sagen sie...

Unterzeichne die Petition der Hafenarbeiter!

Weiter auf Seite 4

MACH MIT!

Schließ' dich den revolutionären Kommunisten an!

Offensiv
MARXISTISCHE ORGANISATION